

Berlin, 15. April 2019

Wahlwiper WPSEU 055/2019

Frage 1

Soll die EU ein Eurozonenbudget mit einem eigenen europäischen Finanzminister haben?

Ja

Begründung zu Frage

Die SPD spricht sich zur wirksameren Integration der Wirtschaftspolitik perspektivisch für die Einrichtung einer Wirtschaftsregierung der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers aus. Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern

Frage 2

Sollen die Nationalstaaten mehr Kompetenzen an die EU abgeben?

Ja

Begründung zu Frage 2

Kompetenzen müssen dort vorhanden sein, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern am meisten nutzen. Beispielsweise verfolgen wir eine europäische Sozialpolitik, die die sozialen Grundrechte ausbaut und europäische Mindestlöhne schafft. Dies lässt sich am besten erreichen, indem gemeinsame sozialpolitische Standards auf europäischer Ebene geschaffen werden, damit die Lebensbedingungen überall in der EU aufgewertet werden und eine Grundsicherung ermöglicht wird.

Frage 3

Soll der Euro als gemeinsame Währung abgeschafft werden?

Nein

Begründung zu Frage 3

Der Euro gehört zu den großen Errungenschaften der europäischen Integration. Ein Austritt aus dem Euro hätte schwere ökonomische und soziale Verwerfungen zur Folge. Wir alle profitieren von der Ablösung nationaler Währungen und dem Wegfall der damit verbundenen Wechselkurs-Schwankungen. Die SPD steht für eine stabile Währungsunion, die mit schlagkräftigen Instrumenten Krisen vorbeugen und bewältigen kann.

Frage 4

Soll die EU verbindliche Klimaziele für alle Mitgliedsländer festlegen können?

Nein

Begründung zu Frage 4

Wir wollen stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung: Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990) sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Zur Umsetzung sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Frage 5

Soll die EU eine eigene Armee mit entsprechendem Verteidigungsbudget erhalten?

Ja

Begründung zu Frage 5

Die SPD spricht sich für eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee aus. Gerade in Anbetracht des Wiedererstarkens von Nationalismus ist sie eine innere Friedenssicherung. Wir setzen auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte ermöglicht und eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig macht. Der Einsatz darf nur durch das Europäische Parlament genehmigt werden.

Frage 6

Sollen Flüchtlinge nach festgelegten Quoten auf alle Mitgliedsländer verteilt werden?

Ja

Begründung zu Frage 6

Das Wahren des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Verantwortung, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin-System durch einen

solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden.

Frage 7

Soll die EU eigene Steuern erheben können?

Ja

Begründung zu Frage 7

Wir wollen in der EU eine Finanztransaktionssteuer. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen.

Frage 8

Soll die EU ihre Zahlungen für die Agrarpolitik zugunsten anderer Politikbereiche kürzen?

Nein

Begründung zu Frage 8

Wir wollen die europäische Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen.

Frage 9

Soll es in Europa ein gemeinsames öffentlich-rechtliches Mediensystem geben?

Ja

Begründung zu Frage 9

Wir wollen öffentlich-rechtliche Medien stärken, Medienkonzentrationen und Monopole verhindern und unabhängige Berichterstattung als unverzichtbares demokratisches Element gewährleisten. Regierungen dürfen keinen Einfluss auf die Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Medien oder Druck auf Journalistinnen und Journalisten ausüben.

Frage 10

Sollte der EU-Kommissionspräsident direkt vom Volk gewählt werden?

Ja

Begründung zu Frage 10

Wir wollen Europawahlen mit europäischen Themen und mit europäischen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können, welche Partei im

Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten, der -präsidentin einen wichtigen Beitrag.

Frage 11

Soll das Europäische Parlament eigene Gesetze vorschlagen können statt wie bisher nur die Kommission oder Mitgliedsstaaten?

Ja

Begründung zu Frage 11

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Menschen in Europa, für politische Debatten und Entscheidungen. Seit 40 Jahren wird es alle fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken will die SPD, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter selbst Initiativen starten können für Gesetzesvorhaben.

Frage 12

Sollten hochverschuldete Länder der Eurozone zu einem stärkeren Schuldenabbau verpflichtet werden?

Nein

Begründung zu Frage 12

Die Mitgliedsstaaten haben sich zu Haushaltsregeln verpflichtet, um die gemeinsame Währung stabil zu halten. Dazu gehört selbstverständlich der Abbau ihrer Schulden, falls sie ansonsten die vereinbarten Konvergenzkriterien verletzen würden. Damit sie auch dazu in der Lage sind, wollen wir ihnen früher und entschlossener helfen, wenn sie in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln, unter Wahrung der Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente.

Frage 13

Soll es eine Finanztransaktionssteuer in der EU geben?

Ja

Begründung zu Frage 13

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach französischem Vorbild in der EU einführen. Mit der Besteuerung von Transaktionen auf im Inland emittierte Aktien machen wir den ersten Schritt. Die Einnahmen dieser Steuer sollen der EU zufließen und für die Angleichung der Lebensbedingungen eingesetzt werden. Dies ist jedoch nur

der erste Schritt. Mittelfristig wollen wir eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Es wird höchste Zeit, dass wir diese Gerechtigkeitssteuer endlich durchsetzen

Frage 14

Soll die EU Forschung mit menschlichen Embryonen verbieten?

Ja

Begründung zu Frage 14

Die SPD hat sich in aus guten Gründen in Deutschland für ein Verbot der Zerstörung von Embryonen für die Stammzellforschung eingesetzt. Für uns steht es außer Frage, dass niemand einen kommerziellen Gewinn aus der Zerstörung von menschlichen Embryonen ziehen darf.

Frage 15

Sollte ein Teil der Abgeordneten des EU-Parlaments über europaweite Wahllisten gewählt werden?

Ja

Begründung zu Frage 15

Für uns gehören zu einem Europäischen Parlament auch europäische Parteien. Europäische Spitzenkandidaten sollen nicht nur in ihren Mitgliedsstaaten gewählt werden können so wie heute. Daher fordern wir transnationale Listen und ein Zweistimmen-Wahlrecht bei der Europawahl, damit die Bürgerinnen und Bürger überall in der EU die gleiche faire Auswahl bei Wahlen haben.

Frage 16

Sollen in allen Ländern der Europäischen Union gleiche Regeln für die Abschiebung von Asylsuchenden gelten?

Ja

Begründung zu Frage 16

Wir wollen das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) stärken. Bereits 2008 haben sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine „Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger“ geeinigt. Wie insgesamt beim Thema GEAS haben wir hier nicht unbedingt ein Regelungs-, sondern ein Rechtsanwendungsdefizit.

Frage 17

Sollte die EU das Plastikverbot auf andere Einwegprodukte ausweiten?

Ja

Begründung zu Frage 17

Wir brauchen ein engagiertes Vorgehen gegen überflüssiges Plastik und die Vermüllung der Ozeane. Dafür verfolgen wir das Ziel einer Halbierung der Plastikmüllinträge bis 2030. Den Einsatz von Plastik per se zu besteuern halten wir nicht für zielführend. Stattdessen wollen wir in Europa Mehrwegsysteme, Verbot bestimmter Einwegplastikartikel, eine Kostenbeteiligung von Herstellern sowie Vorgaben zur abfallvermeidenden und recyclingfreundlichen Produktgestaltung durchsetzen

Frage 18

Soll das Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen abgeschafft werden?

Ja

Begründung zu Frage 18

Europa muss an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen. Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden können. Die SPD spricht sich beispielsweise für ein Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat aus.

Frage 19

Soll die Europäische Union sich als christliche Wertegemeinschaft verstehen?

Nein

Begründung zu Frage 19

Die EU ist ein einzigartiges Friedensprojekt, das aus den grauenvollen Lehren des Zweiten Weltkrieges hervorgegangen ist. Die europäischen Werte beruhen auf Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Europa steht für eine Wertegemeinschaft nicht einer exklusiven, religiösen Gruppe, sondern für alle Menschen, die hier wohnen. Nach dem Motto der EU In Vielfalt geeint stehen wir dafür, dass Europa verbindend ist und nicht ausschließend.

Frage 20

Soll die EU darauf hinwirken, dass Europas Energie bis 2050 zu 100% aus erneuerbaren Quellen stammt?

Ja

Begründung zu Frage 20

Wir stehen zu unserer Verantwortung und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen

Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen. Unser langfristiges Ziel ist die Treibgashausneutralität bis 2050.

Frage 21

Sollte die EU sich verstärkt gegen Billigairlines einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 21

Wir wollen fairen Wettbewerb, der nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Sicherheit der Passagiere ausgetragen wird. Subventionen etwa für Regionalflughäfen müssen mit dem Beihilferecht der EU im Einklang stehen. Deshalb ist es gut, dass die EU-Kommission bereits ihre Subventionsregeln insoweit geändert hat.

Frage 22

Soll die EU die Laufzeiten für Atomkraftwerke auf 40 Jahre begrenzen?

Ja

Begründung zu Frage 22

Wir haben in Deutschland den Atomausstieg vorangebracht. Mit einem Fahrplan zum Atomausstieg wollen wir für ganz Europa den Ausstieg aus dieser gefährlichen und nicht zukunftsweisenden Energietechnik erreichen. Durch einen konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien wollen wir unseren klimapolitischen Verpflichtungen gerecht werden und die europäische Energieeffizienz fördern. Dieser Strukturwandel verlangt industrie- und sozialpolitische Investitionen

Frage 23

Sollen direktdemokratische Instrumente auf EU-Ebene ausgebaut werden?

Ja

Begründung zu Frage 23

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger Europas stärker in die politische Willensbildung einbinden und damit den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Politik ausbauen. Hierfür wollen wir die Reform der Europäischen Bürgerinitiative, mit der Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission bisher schon auffordern können, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.

Frage 24

Sollen Staaten, die gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen weniger Mittel aus dem EU-Haushalt bekommen?

Ja

Begründung zu Frage 24

Europa muss seine Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besser schützen. Bestehende Verfahren gegen zuwider handelnde Mitgliedsstaaten funktionieren nur unzureichend. Daher unterstützt die SPD das Vorhaben der EU-Kommission für einen Mechanismus, der Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards die Zuwendungen aus dem EU Haushalt spürbar kürzt.

Frage 25

Soll es eine europäische Seenotrettung für Flüchtlinge geben?

Ja

Begründung zu Frage 25

Alle Mitgliedsstaaten haben ihren Beitrag für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer zu leisten. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden, sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Wir wollen, dass die EU die Seenotrettung stärker koordiniert und die Mitgliedstaaten dabei finanziell, technisch und personell unterstützt

Frage 26

Soll die EU-Kommission aus Effizienzgründen verkleinert werden?

Nein

Begründung zu Frage 26

Wir wollen vor allem das Europäische Parlament gegenüber der Kommission stärken. Hierfür sollen die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter endlich selbst Initiativen für Gesetzesvorhaben starten können. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechts für das Europäische Parlament ein, um einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Dauer ihrer Amtszeit zur Rechenschaft zu ziehen. Bei grobem Fehlverhalten soll das Europäische Parlament nicht nur der gesamten Kommission, sondern auch einzelnen Mitgliedern mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können.

Frage 27

Soll ein europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams aufgebaut werden?

Ja

Begründung zu Frage 27

Um unsere Freiheit und unsere Demokratie zu sichern, ist eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene dringend notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr nationale Kompetenzen auf das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung übertragen werden. Außerdem brauchen wir eine europäische Strategie für Cyber-Sicherheit, die die Fragmentierung in diesem Bereich verringert und Sicherheitsstandards verbessert.

Frage 28

Sollte eine europaweite CO2-Abgabe eingeführt werden?

Ja

Begründung zu Frage 28

Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO2-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.

Frage 29

Soll die Europäische Union mehr Geld in die Entwicklungshilfe investieren?

Ja

Begründung zu Frage 29

Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, weil sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Mit einer fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt, wollen wir Fluchtursachen bekämpfen und eine eigenständige Entwicklung des globalen Südens ermöglichen.

Frage 30

Soll die EU langfristig zu einem föderalen Bundesstaat werden?

Ja

Begründung zu Frage 30

Das ist unsere Vision für Europa seit 1925. Wir setzen uns für ein geeintes und soziales Europa ein, das in den Zusammenhalt investiert und parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung braucht. Entscheidungen müssen klar zu erkennen sein und unter Einbezug der Zivilgesellschaft stattfinden.

Heute zeigt sich, dass immer mehr politische Herausforderungen wie der Klimawandel oder Steuerhinterziehung sich nicht auf nationaler Ebene lösen lassen

Frage 31

Soll das EU-Parlament das Leistungsschutzrecht inklusive der Uploadfilter ablehnen?

Ja

Begründung zu Frage 31

Die SPD will die Situation der Urheberinnen und Urheber verbessern und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern erreichen. Deswegen brauchen wir ein modernes Urheberrecht und ein wirksames Urhebervertragsrecht. Wir wollen deshalb ein Scheitern der Urheberrechtsreform verhindern. Die Verwertung und Vergütung kreativer Inhalte darf jedoch nicht auf Kosten von Freiheitsrechten erfolgen. Deswegen setzen wir uns für eine europäische Regelung ein, die Uploadfilter verhindert.

Frage 32

Soll die EU in der NATO mehr (militärische) Verantwortung übernehmen?

Nein

Begründung zu Frage 32

Die NATO ist seit 1949 ein zentraler Pfeiler für den Schutz der Sicherheit und Freiheit ihrer Mitglieder und die Garantie einer ständigen Abwehrbereitschaft. Die im Nordatlantikvertrag formulierten Ziele müssen angesichts der jeweiligen aktuellen weltpolitischen Sicherheitslage interpretiert und ausgelegt werden. Zu bedenken ist, dass nicht alle Mitgliedstaaten der EU auch NATO-Mitglieder sind. In und für Europa wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen parlamentarisch kontrollierten Armee. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken und weiterentwickeln.

Frage 33

Sollte es einen EU-weiten Mindestlohn geben, der sich an den Durchschnittseinkommen der jeweiligen Mitgliedsstaaten bemisst?

Ja

Begründung zu Frage 33

Wir wollen faire Mindestlöhne in ganz Europa. Kein Vollzeit-Lohn in der EU darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen. Daher fordern wir Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen. Dem entsprechend ist auch in Deutschland der aktuelle Mindestlohn zu niedrig. Er soll auf 12 Euro steigen,

um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwächsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen.

Frage 34

Soll Deutschland CETA ratifizieren?

Ja

Begründung zu Frage 34

Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Damit ist es uns gelungen, in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss als gemischtes Abkommen sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Im Zuge dieser parlamentarischen Kontrolle werden wir alle Aspekte einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Frage 35

Soll sich Deutschland für die Abschaffung der Russland-Sanktionen einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 35

Voraussetzung für das Ende der Sanktionen ist die Umsetzung dessen, was im Minsker Abkommen von 2015 festgelegt ist. Wir wissen, dass Frieden in Europa ist nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich. Wir wollen bestehende Strukturen verstärkt nutzen, um mit Russland im Dialog für eine Beendigung des Konflikts und damit an dem Abbau der gegenseitigen Sanktionen zu arbeiten.

Frage 36

Soll Deutschland wieder eigene Grenzkontrollen durchführen können?

Nein

Begründung zu Frage 36

Die grenzenlose Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger ist konstitutiv für das Freiheitsversprechen Europas, wie auch für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten der EU. Deshalb wollen wir, dass die temporären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums schnellstmöglich eingestellt werden. Auch wollen wir, dass alle EU-Mitgliedsstaaten mittelfristig zum Schengen-Raum gehören.

Damit einhergehen muss ein verlässlicher Schutz der Außengrenzen der EU sichergestellt werden.

Frage 37

Soll Deutschland aus der EU austreten?

Nein

Begründung zu Frage 37

Das vereinte Europa ist der Garant für den Zusammenhalt der Europäer, für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Ein starkes Europa liegt im ureigenen Interesse Deutschlands: Um wirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in Europa abzubauen. Um mehr Möglichkeiten für gesellschaftlichen Austausch zu schaffen. Um die Demokratie und den europäischen Parlamentarismus zu stärken. Die SPD ist bereit, in den Zusammenhalt Europas zu investieren, weil Investitionen in ein starkes Europa die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland sind.

Frage 38

Soll Deutschland sich für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzen?

Nein

Begründung zu Frage 38

Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Journalisten, Oppositionelle und Aktivisten der Zivilgesellschaft steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die grundlegend für die europäische Wertegemeinschaft sind. Wir wollen die Beitrittsverhandlungen aussetzen, aber nicht abbrechen, um die türkische Zivilgesellschaft nicht im Stich zulassen. Sie wollen wir gezielt mit der sogenannten Heranführungshilfe direkt fördern.

Frage 39

Soll Deutschland die Einführung einer EU-weiten Frauen-Quote in Aufsichtsräten vorantreiben?

Ja

Begründung zu Frage 39

Frauen sind heute im Durchschnitt besser qualifiziert als Männer. Doch immer noch wird viel zu oft verhindert, dass sie Führungs- und Leitungsverantwortung übernehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen und Institutionen immer noch eine kleine Minderheit sind. Die SPD setzt sich daher für den Beschluss einer EU-weiten Frauenquote in Aufsichtsräten ein. Die hierzu 2012 vorgelegte Richtlinie muss vom Europäischen Rat endlich verabschiedet werden.

Frage 40

Sollen EU-Verträge in Deutschland per Volksabstimmung bestätigt werden müssen?

Nein

Begründung zu Frage 40

Es soll bei der im Grundgesetz gefassten Regelung bleiben.

Frage 41

Soll sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Umsetzung der Pipeline Nord Stream 2 einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 41

Im Pariser Klimaabkommen haben sich EU und Deutschland gemeinsam dazu verpflichtet, ihre Energieversorgung grundlegend umzustellen. Spätestens im Jahr 2050 wollen wir den europäischen Kontinent weitestgehend mit erneuerbarer Energie versorgen. Mit dem Atomausstieg und schrittweisen Beendigung der Kohleverstromung wird dabei vor allem Erdgas eine unerlässliche Brückenfunktion zukommen. Der gebotene ‚Fuel Switch‘, der sukzessive Umstieg von Kohle auf Gas, wird nur bei wettbewerbsfähigen Gaspreisen möglich sein.

Frage 42

Soll Deutschland die erhöhte Steuertransparenz für Unternehmen in der EU vorantreiben?

Ja

Begründung zu Frage 42

Wir sind für Transparenz in Steuerfragen. Seit Mitte letzten Jahres werden die länderbezogenen Berichte (sogenannte Country-by-Country-Reports) zwischen den Steuerverwaltungen automatisch ausgetauscht. Damit können die Steuerverwaltungen konsequent gegen Gewinnverlagerungen vorgehen und die Firmen dort besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Hierbei muss die Europäische Kommission einbezogen werden. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Berichte veröffentlicht werden.

Frage 43

Soll Deutschland sich für ein europaweites Verbot von Glyphosat einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 43

In ganz Europa muss nach 2023 endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Sie töten in kurzer Zeit viele Wildpflanzen und zerstören die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten. Auch weitere Neonikotinoide, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Zulassungsverfahren müssen neu justiert und Ausnahmetatbestände reduziert werden. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern sehen wir als zentrale Aufgabe.

Frage 44

Soll die anlasslose Vorratsdatenspeicherung in der EU abgeschafft werden?

Ja

Begründung zu Frage 44

Die Bürgerinnen und Bürger sollen das Internet grundsätzlich anonym nutzen können. Der EuGH hat die Richtlinie, die eine anlasslose Speicherung der Nutzerdaten durch die Mitgliedstaaten verlangte, für nicht vereinbar mit der europäischen Grundrechtscharta und für nichtig erklärt.

Frage 45

Soll sich Deutschland auf EU-Ebene gegen das Patentieren von Züchtungen (Saatgut, Pflanzen und Tiere) einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 45

Die SPD fordert ein grundsätzliches Verbot von Patenten auf Tiere und Pflanzen. Zudem wollen wir keine Konzentration von Agrarland und Saatgutrechten in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren.

Frage 46

Soll das Kindergeld für Kinder außerhalb Deutschlands an die Leistungen des jeweiligen Landes angepasst werden?

Nein

Begründung zu Frage 46

Das Prinzip der Gleichbehandlung aller EU-Bürgerinnen und -Bürger ist ein Fundament der Europäischen Union. Es darf innerhalb der EU keine Unterteilung in Bürgerinnen und Bürger 1. Klasse und 2. Klasse geben. Wer einen Job hat, muss die Gewissheit haben, dass er die gleichen Ansprüche besitzt, wie seine nationalen Kolleginnen und Kollegen. Die SPD lehnt eine Indexierung des Kindergeldes innerhalb der EU ab.

Frage 47

Soll sich Deutschland für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung einsetzen?

Ja

Begründung zu Frage 47

Wer Milliardenträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Wir wollen Schluss machen mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls müssen beendet werden. Dafür ziehen wir eine untere Grenze ein, um den ruinösen Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in Europa.

Frage 48

Sollen Landwirten Subventionen gestrichen werden, wenn sie gegen soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien verstoßen?

Ja

Begründung zu Frage 48

Wir wollen die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Wir fordern die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Ziel ist die Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Es gilt: öffentliches Geld für öffentliche Güter. Dabei ist die Größe des Betriebs unerheblich.

Frage 49

Soll ein stärkerer Datenabgleich zur Vermeidung von Sozialmissbrauch in Europa eingeführt werden (z.B. Sozialversicherungsnummer)?

Ja

Begründung zu Frage 49

Zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping will die SPD eine europäische Sozialversicherungsnummer samt elektronischem Sozialversicherungsregister einführen. Die Behörden vor Ort sollen endlich ein zusätzliches Instrument bekommen, um grenzüberschreitenden Sozialversicherungsmissbrauch und -betrug wirksam zu bekämpfen.